



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN November 2007

+++ Inhalt: Globaler Klimaaktionstag 2007, S. 2 +++ BUND-Widerstand gegen Kohlekraftwerke in NRW, S. 3 +++ Hafenausbau in Köln-Godorf? Nicht mit uns! - Gentechnik gefährdet Imkerei, S. 5 +++ Naturschutzpreis für IBA-Pionier, S. 6 +++ Elektromog im Kinderzimmer - Widerstand gegen Baumfällungen, S. 7 +++ muna-Preis für BUND-Naturerlebnispark - Neue BUND-Umweltbildungskampagne - Impressum, S. 8 +++





Die Zeit ist reif – Klimaschutz jetzt! Machen Sie mit!

Bundesweite Klimaschutzdemos am 8. Dezember!

Nordrhein-Westfalen ist der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Mit durchschnittlich 16 Tonnen Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf und Jahr liegen die NRW-BürgerInnen fast gleichauf mit den oft gescholtenen Amerikanern. Mehr als die Hälfte der jährlich ausgestoßenen 300 Millionen Tonnen CO₂ entfallen auf die Energiewirtschaft. Größter Verschmutzer ist die RWE Power AG mit ihren Braunkohlekraftwerken: Auf sie entfallen allein etwa 96 Millionen Jahrestonnen CO₂.

Trotzdem hat die Landesregierung bislang weder ein Klimaschutzkonzept noch ein zukunftsfähiges Energieszenario für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Im Gegenteil: Derzeit sind hierzulande elf Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Werden sie realisiert, ist keines der Klimaschutzziele erreichbar. Auch die Liste der Mängel im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist lang. Trotzdem ist das Programm besser als der Stillstand der letzten Jahre.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die vollmundigen Ankündigungen von Kanzlerin Angela Merkel nun in Gesetze gegossen und wirksamere Schritte durchsetzbar werden. Das geht nur, wenn uns Tausende BürgerInnen lautstark unterstützen. Klimaschutz darf keine Sache von Experten und Lobbyisten bleiben. Millionen von Menschen in Südasien und anderswo steht bald das Wasser bis zum Hals, wenn wir nicht Verantwortung übernehmen. Klimaschutz und globale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Aber auch in NRW sind die Anzeichen des Klimawandels nicht mehr zu übersehen.

Das heißt für jede/n von uns: aktiv werden und ein Zeichen setzen! Der BUND ruft zusammen mit der *klima-allianz* für den 8. Dezember, 14.00 Uhr, zu zwei zeitgleichen Großdemonstrationen in Berlin und vor dem Braunkohlekraftwerk in Grevenbroich-Neurath bei Düsseldorf auf. Beide Kundgebungen sind Teil des globalen Klimaaktionstages. Während die Regierungen auf Bali über die künftige Klimapolitik verhandeln, werden Menschen weltweit für den Klimaschutz auf die Straße gehen.

In Deutschland geben wir das Startsignal für eine kraftvolle Klimabewegung. Rund 70 Organisationen mit zehn Millionen Mitgliedern sind in der Klima-Allianz vereint. Auch die *klima-allianz nrw* wächst von Tag zu Tag.

Als BUND zeigen wir hier Profil: in Berlin vor dem Brandenburger Tor, als Symbol für die Verantwortung der Regierung; und in Neurath mit einer Lichterkette vor dem größten in Bau befindlichen Braunkohlekraftwerk Europas, Symbol auch für alle anderen geplanten Kohlekraftwerke. Das RWE-Kraftwerk Neurath wird nach seiner Fertigstellung 2009/2010 mit jährlichen CO₂-Emissionen von insgesamt etwa 35 Millionen Tonnen Europas größter Klimakiller sein.

Einmal gebaut, heizen solche Kraftwerke 40 Jahre unser Klima auf. Noch kann das verhindert werden. Bitte machen auch Sie sich auf den Weg und setzen Sie am 8. Dezember ein deutliches Zeichen!

Dirk Jansen, Paul Kröfges

die klima-allianz

Die Klima-Allianz vernetzt die bundes- und landesweiten Aktionen. Vor Ort organisieren Aktionsbündnisse die Vorbereitung. Alle Infos: www.die-klima-allianz.de

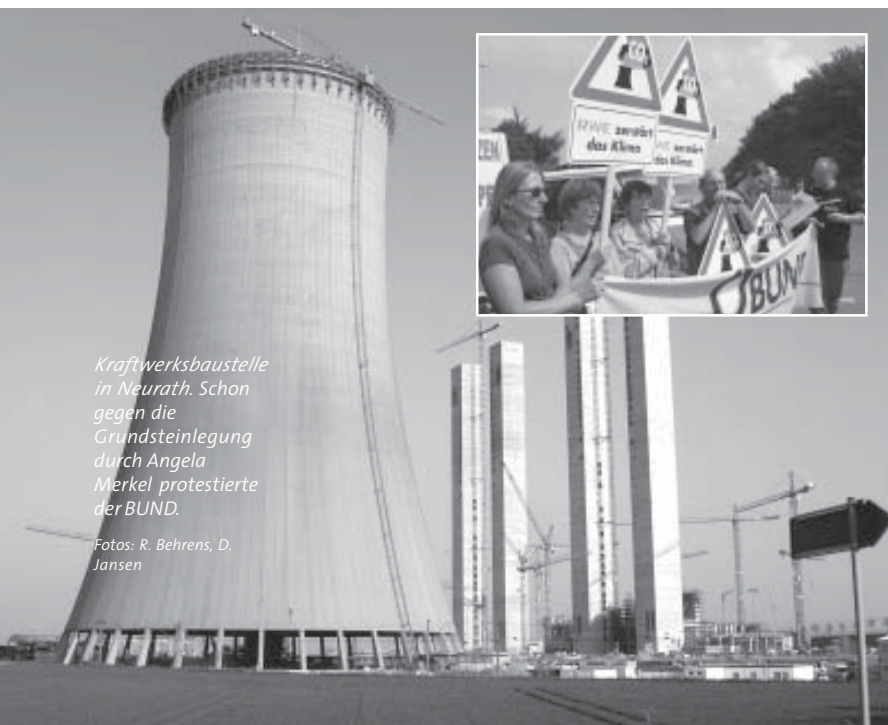
Wollen Sie in Ihrer Stadt ein eigenes Aktionsbündnis gründen?

Dann wenden Sie sich an die Koordinierungsstelle der klima-allianz, Tel. 0228/359704, www.die-klima-allianz.de;

Ihr BUND-Kontakt:

1. Klimateam des Bundesverbandes, Tel. 030/27586-433, matthias.seiche@bund.net
2. Koordination NRW, Dirk Jansen, Tel.: 0211 / 30 200 522, dirk.jansen@bund.net

Alle Infos: www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm



Kraftwerksbaustelle in Neurath. Schon gegen die Grundsteinlegung durch Angela Merkel protestierte der BUND.

Fotos: R. Behrens, D. Jansen

BUND-Widerstand gegen Kohlekraftwerke in NRW

Die BUND-Kampagne gegen den Bau neuer Klimakiller-Kraftwerke in NRW zeitigt erste Erfolge. Die Stadtwerke von Köln und Bielefeld verzichteten auf den geplanten Bau von Steinkohlekraftwerken - aus wirtschaftlichen Gründen, wie es heißt. Wegen der gestiegenen Preise für Bauteile und der sich abzeichnenden Verteuerung der Emissionszertifikate gebe es heute günstigerer Alternativen. Trotzdem werden landauf-landab weitere Projekte voran getrieben. Der BUND ist vor Ort präsent und kämpft für umweltfreundliche und wirtschaftliche Alternativen.

BUND klagt gegen Eon-Kraftwerk Datteln

Obwohl die Genehmigung für das 1.050 Megawatt-Steinkohlekraftwerk in Datteln noch nicht bestandskräftig ist, werden vor Ort tagtäglich Fakten geschaffen (s. auch *NRWinfo* 2-07). Neben dem Widerspruch gegen die Teilgenehmigung hat der BUND nun auch Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Bau eines Kohlehafens und zu der Verlegung eines Bachlaufs eingelegt. Das Kraftwerk würde jährlich über 6 Mio. t CO₂ ausstoßen. Zudem verschwendet der Bau auf der „grünen Wiese“ eine riesige Freifläche und zerstört geschützte Natur.

Nach Überzeugung des BUND ist das Gesamtprojekt rechtswidrig, da es in unzulässiger Weise in unterschiedliche Planungsverfahren aufgespalten worden ist und die Belange des Klimaschutzes nicht ausreichend betrachtet werden. Dazu missachtet die wasserrechtliche Erlaubnis die Vorgaben des Naturschutzrechts und die Belange des Biotop- und Artenschutzes.

Setzt sich der BUND in der gerichtlichen Auseinandersetzung durch, ist Eon gemäß einer Vorgabe des Oberverwaltungsgerichts Münster verpflichtet, den Eingriff über den Ursprungszustand hinaus auszugleichen.

Widerstand in Lünen

Nach acht Tagen harter Diskussionen ging Anfang September der Erörterungstermin zum geplanten Steinkohlekraftwerk in Lünen zu Ende. Das 820 Megawatt-Projekt wird vom Stadtwerke-Verbund Trianel voran getrieben. Beinahe zum Eklat kam es schon ganz zu Beginn. Der Arnberger Regierungspräsident Helmut Diegel hatte sich vorab in der Öffentlichkeit positiv zum Vorhaben geäußert. Dabei ist er als Chef der Genehmigungsbehörde zu einer objektiven Prüfung verpflichtet. Der entsprechende Protest von BUND und Bürgerinitiative wurde so erwartungsgemäß abgewiesen.

Auch später kamen Zweifel an der Neutralität der Bezirksregierung Arnberg auf. Für Unmut unter den EinwanderInnen sorgte die Tischvorlage einer neuen Antragsunterlage mit einer wesentlich geänderten

Anlagenkonfiguration und genehmigungsrelevant veränderten Emissionswerten. Diese Unterlagen hatte der BUND eine Woche (!) vor dem Beginn des Erörterungstermins zur Stellungnahme erhalten. BUND-Experte Ingo Goedecke schaffte es trotzdem, fundiert Stellung zu beziehen. Alle anderen der vielen hundert EinwanderInnen wurden erst am Eröffnungstag des Termins mit den geänderten Unterlagen konfrontiert.

Die vom BUND beantragte Neuauslegung der Unterlagen und Neuansetzung des Erörterungstermins wurde hingegen abgelehnt. „Ein Skandal“, findet Heinz-Georg Beyer von der BUND-Kreisgruppe Unna. „Wenn die Behörde uns wie geschehen schon so viel Sachkompetenz zubilligt, die Unterlagen in kürzester Zeit



zu bewerten, hätte sie auch unserem begründeten Antrag nach Wiederholung des Termins folgen müssen.“

Unterstützung erhielten die Einwander von prominenter Seite. Der bekannte Sportjournalist Michael Steinbrecher, ebenfalls Einwander, wandte sich am letzten Verhandlungstag in einem hervorragenden „Schlussplädoyer“ gegen das Kraftwerk.

ASTR(H)EIN gegen Düsseldorfer Kraftwerk

Auch der Widerstand gegen den geplanten Bau eines überflüssigen 400 Megawatt-Steinkohlekraftwerks in Düsseldorf wird stärker: Gemeinsam mit anderen Umweltgruppen, Verbänden und Parteien hat der BUND das Aktionsbündnis „Sauberer Strom am Rhein - ASTR(H)EIN“ gegründet. Ziel von ASTR(H)EIN ist eine zukunftsfähige Energiestruktur für Düsseldorf.



Astr(h)einer Protest gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Düsseldorf.

Foto: W. Goertz



Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm

Mit zahlreichen Aktionen, Infoständen und öffentlichen Veranstaltungen macht das Bündnis gegen den geplanten Klimakiller mobil. Kommt das Kraftwerk, wird der CO₂-Ausstoß der Stadt Düsseldorf auf einen Schlag um 50 % erhöht. Jährlich 160.000 kg Feinstaub und ein hochgiftiger Schwermetall-Mix würden alle Anstrengungen zur Luftreinhalteplanung zunichte machen. „Besonders dreist dabei“, so ASTR(H)EIN-Sprecher und BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen, „dass die Stadtwerke das Projekt als ‘ökologisches Kraftwerk’ verkaufen“. Zwar sollen 300 Megawatt Fernwärme ausgekoppelt werden, dafür würde aber die existierenden, mit umweltfreundlicherem Erdgas arbeitenden Fernwärmekessel stillgelegt. Ein Bedarf ist zudem nicht ersichtlich. Schon jetzt reichen die Energieerzeugungsanlagen aus, um Düsseldorf mit Strom zu versorgen. Stadtwerke-Mehrheitseigner EnBW verfolgt erklärtermaßen das Ziel, durch den Ausbau der Kapazitäten den dominierenden RWE die Marktposition in NRW streitig zu machen. Und die Düsseldorfferinnen und Düsseldorffer sollen für diese Expansionspolitik mit ihrer Gesundheit bezahlen.

Umfaller in Krefeld

In Krefeld ist derzeit ein politisches Schauspiel der eher traurigen Art zu verfolgen. Die Planung für das dort geplante 750-Megawatt-Steinkohlekraftwerk von Trianel und BAYER wurde zunächst durch einen Ratsbeschluss auf Eis gelegt, da sich die KommunalvertreterInnen von CDU, SPD und Grünen der notwendigen Änderung des

Bebauungsplanes widersetzen. Doch unter dem Einfluss der Gewerkschaft IG BCE sind die Krefelder SozialdemokratInnen jetzt eingeknickt: Auf einem Sonderparteitag am 8. Oktober, zu dem eigens Sigmar Gabriel angereist war, stimmten die GenossInnen nun doch für den Bau des Kraftwerks. Der Protest von BUND und Bürgerinitiativen stieß bei Bundesumweltminister Gabriel auf taube Ohren. Ohne Steinkohlekraftwerke, so seine längst wiederlegte Argumentation, könne die Stromerzeugung bei Festhalten am Atomausstieg nicht gesichert werden. Solange die CDU an ihrer Ablehnung des Kraftwerks festhält, kann das Kraftwerk nicht gebaut werden. Aber auch in den Reihen der ChristdemokratInnen scheint der Widerstand zu bröckeln. Dem Ansinnen von Trianel, mit Hilfe eines „Runden Tisches“ für Akzeptanz für das Vorhaben zu sorgen, erteilte der BUND eine klare Absage.

Klimakiller in Hamm

In Hamm plant die RWE Power AG den Bau eines 1.600 Megawatt-Steinkohlekraftwerks, dessen beide Blöcke jährlich 8,9 Mio Tonnen CO₂ ausstoßen werden. Nicht nur in Hamm regt sich dagegen der Widerstand. Sowohl in Münster als auch in Dortmund macht der BUND gegen das Kraftwerk mobil. Beider Stadtwerke wollen sich an diesem Klimakiller finanziell beteiligen.

Der Münsteraner Dieter Schmalz, Mitglied im BUND-Landesvorstand, hat gemeinsam mit anderen Umweltverbänden ein Aktionsbündnis gegen das Kraftwerk initiiert. „Wie kann eine Stadt, die im vergangenen Jahr noch als ‘Bundeshauptstadt Klimaschutz’ ausgezeichnet wurde, Investitionen in den Neubau von Steinkohlekraftwerken planen?“ Auch für die BUND-Kreisgruppe Dortmund ist die vorgesehene 107 Millionen Euro-Beteiligung der Dortmunder Energie und Wasser (DEW) an dem geplanten Kraftwerk „umwelt- und gesundheitspolitisch unverantwortlich“. Für den Dortmunder BUND-Umweltexperten Dieter Güttmann ist das Kraftwerk „eine nicht mehr zeitgemäße Dreckschleuder“.

Die Alternativen sind klar

Derzeit sind in Nordrhein-Westfalen 11 Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Werden sie realisiert, stoßen sie für die nächsten 40 bis 50 Jahre jährlich bis zu 85 Millionen Tonnen CO₂ aus. Keines der Klimaschutzziele wäre so erreichbar.

Dabei liegen die Alternativen auf der Hand. Wie zahlreiche Studien zeigen, kann Kohle- und Atomstrom durch Energiesparttechnologien und Erneuerbare Energien ersetzt werden, ohne dass buchstäblich „die Lichter ausgehen“. Als Übergangstechnologie bieten sich zudem die wesentlich weniger umweltschädlichen Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung an. Anstelle Milliarden Euro in Dinosauriertechnologien zu binden und damit zukunftsfähige Investitionen zu blockieren, ist es höchste Zeit, die lange vom BUND-geforderte Energiewende einzuleiten.

Dirk Jansen



BUND-Widerstand gegen Zwangsräumung: Der langjährige Kampf des BUND gegen den Braunkohletagebau Garzweiler II spitzt sich zu. Nach der Genehmigung der von RWE Power bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragten Zwangsräumung der BUND-Obstwiese zum 2. Januar 2008 hat der BUND eine weitere Klage eingereicht. Am 21. Dezember 2007 muss jetzt das Oberverwaltungsgericht Münster entscheiden. Auf einer Pressekonferenz vor Ort bekräftigte der BUND, alle rechtsstaatlichen Mittel zu nutzen, um den gemeinwohlschädlichen Tagebau zu verhindern. Dorothea Schubert (Landesarbeitskreis Braunkohle), Dirk Jansen (BUND-Geschäftsleiter), Rechtsanwalt Dirk Teßmer und der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges (v.l.n.r.) kündigten weiteren harten juristischen Widerstand gegen die Braunkohlebagger an. Setzt sich der BUND durch, werden der Atmosphäre 1,2 Milliarden Tonnen Kohlendioxid erspart. Foto: R. Bilke

Geplante Erweiterung Köln-Godorf: Hafenausbau? – nicht mit uns !

Begleitet von heftigen Demonstrationen wurde Ende August im Kölner Rathaus von einer schwarz-roten Koalition im Rat mit 53 zu 35 Stimmen der über 20 Jahre hinweg umstrittene Ausbau des Godorfer Hafens beschlossen. Dies bedeutet die Zerstörung von 20 ha Naturschutzgebiet am Rheinufer und bringt schwerwiegende Veränderungen der Verkehrsströme im Kölner Süden mit sich.

BürgerInnen, GRÜNE und BUND hatten gravierende Mängel bei der Datengrundlage und den Prognosen im „Gefälligkeitsgutachten“ des einschlägig bekannten Kölner Professors Baum nachgewiesen. Doch auch der Protest gegen offensichtliche Verletzungen europäischer Richtlinien, insbesondere der Wasserrahmen- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie prallten an der wirtschaftsorientierten Ratsmehrheit ab. Diese hatte jeweils AbweichterInnen in den eigenen Reihen durch Fraktionsdisziplin geknebelt, so dass eine offene, demokratische Willensbildung nicht gewährleistet war.

Die Bürgerinnen und Bürger im Kölner Süden betreiben jetzt mit aller Kraft ein Bürgerbegehren, mit dem sie den Rat zu einer Rücknahme dieses Beschlusses veranlassen wollen. Mehrere 1.000 Unterschriften sind bereits gesammelt worden. Der BUND und andere Umweltverbände unterstützen die InitiatorInnen hierbei.

Regional- und Kreisgruppe Köln des BUND haben frühzeitig gegen diese verheerende Planung Stellung bezogen und gemeinsam mit der Bürgerinitiative und den GRÜNEN das Gegengutachten zur Überprüfung des Baum-Gutachtens mit finanziert. Der BUND Landesverband wird sich jetzt an die EU wenden und diesen verheerenden Eingriff in die Rheinlandschaft thematisieren. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erfordert die Aufwertung unserer Flüsse zu einem guten ökologischen Zustand. Auf dieser Basis wurden in und an der Sürther Aue FFH-Gebiete, d.h. Fischschutzzonen und Naturschutzgebiete, ausgewiesen. Jetzt soll mit 30 Millionen Euro europäischer Zuschüsse die Zerstörung von 20 ha Auenlandschaft finanziert werden, um hier Container und Gefahrgüter zu verladen, obwohl es nachweislich bessere Alternativen, z.B. im Niehler Hafen in Köln oder im benachbarten Bonner Hafen gibt.

Hinzu kommt, dass die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) kürzlich ein ambitioniertes Biotopverbundkonzept mit Zustimmung der Umweltminister aller Rheinanliegerstaaten vorgelegt hat, in dem gerade für den übernutzten Bereich des Kölner Südens die Erhaltung und Weiterentwicklung der vorhandenen Naturschutz- und Auenfläche als vordringliches Ziel formuliert wird. Die Kölner Planung zerstört diese Vision und missachtet aus klein kariertem wirtschaftlichem Kalkül heraus überregionale Konzepte. Dies kann der BUND nicht akzeptieren und wird deshalb dafür

kämpfen, dass diese ausgerechnet mit europäischem Geld subventionierte Zerstörungssorgie verhindert wird.

Paul Kröfges



Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND: „Mit europäischen Millionen soll ein durch europäisches Recht geschütztes Gebiet zerstört werden. Nicht mit uns. Der BUND legt EU-Beschwerde ein.“

Mehr Infos: www.suerther-aue-retten.de

Gentechnik gefährdet Imkerei

Bienen halten sich nicht an Abstandsregeln

Gentechnik-Anbau gefährdet die Zukunft der Imkerei und die Erträge unserer Landwirtschaft“, so das einhellige Resümee des Landesverbandes Westfälisch-Lippischer Imker, des BUND sowie der ‘Regionalen Landwirtschaft Münsterland e.V.’ (RLM) auf einem gemeinsamen Seminar mit über 100 TeilnehmerInnen in Münster. Das Interesse am Thema war sichtbar groß, die Diskussion engagiert, denn für Imker, Bauern und NaturschützerInnen geht es ans ‚Eingemachte‘: Honig genießt als naturbelassenes Produkt allgemein eine hohe Wertschätzung. Problematisch würde es jedoch, wenn Bienen z.B. die Blüten von genmanipuliertem Raps besuchen und so dessen Pollen in den Honig gelangt. Da der Großteil der VerbraucherInnen Gentechnik-Lebensmittel entschieden ablehnt, wäre der Honig kaum noch vermarktbar. Mit schwindendem Absatzmarkt



müssten viele der rd. 10.000 Imker in NRW die Honigerzeugung einstellen; die ohnehin rückläufige Imkerei in Deutschland würde durch Gentech-Anbau somit in ihrer Existenz gefährdet.

Ein Rückgang an Bienenvölkern hätte zugleich gravierende Auswirkungen auf Naturschutz und Landwirtschaft: Etwa 80% unserer Kulturpflanzen sind auf die Bestäubung der Bienen angewiesen. Weniger Bienen bedeutet damit auch, dass die Bauern weniger ernten. Bei Wildpflanzen sind Bienen für den Erhalt und die Erneuerung unentbehrlich.

Ein zusätzliches Dilemma besteht darin, dass Bienen unbeabsichtigt zur weiträumigen Verbreitung des Pollens genmanipulierter Pflanzen beitragen können. Bienenvölker haben ein Flugradius von über 5 Kilometern, halten sich nicht an Abstandsregelungen und blättern nicht im Standortregister. Die Kontamination gen-

technikfrei bewirtschafteter Äcker wäre nur eine Frage der Zeit und Konflikte mit Bauern wären vorprogrammiert. Das Beispiel Canada zeigt: Seit dort großflächig Gentech-Raps angebaut wird, lässt sich kanadischer Honig wegen seines Gentech-Anteils in Deutschland nicht mehr vermarkten.

Imkerverband, BUND und RLM kritisieren vor diesem Hintergrund massiv die von der Bundesregierung für diesen Herbst geplante Aufweichung des Gentechnikgesetzes und trugen dies kürzlich gemeinsam mit anderen Organisationen NRW-Landwirtschaftsminister Uhlenberg vor. Doch egal ob es sich um industriefreundliche Erleichterungen beim Forschungsanbau, um Mindestabstände oder fehlende Schadensersatzansprüche zu Lasten von Bauern und Imkern handelt: Der Minister kündigte an, die von uns kritisierte Gesetzesänderung zu unterstützen. (rb)



Prof. Hubert Weiger, Landesvorsitzender des BN (l.) würdigte Prof. Karl Ganser als „Persönlichkeit mit außergewöhnlichem Mut, Zivilcourage und Phantasie“. Auch der BUND NRW-Landesvorsitzende Paul Kröfges (r.) gratulierte. Foto: Archiv

Ehrung für Pionier der IBA-Emscherpark

Professor Karl Ganser erhält Bayerns höchsten Naturschutzpreis

Am 16. September hat der Bund Naturschutz in Bayern e. V. (BN) den Bayerischen Naturschutzpreis, die bedeutendste Naturschutz-Auszeichnung Bayerns, an Professor Dr. Dr. h.c. Karl Ganser verliehen.

Mit dieser Ehrung würdigte der BN Gansers jahrzehntelanges Engagement für Stadterneuerungsprojekte, den Flächenschutz und die Belange des Natur- und Umweltschutzes. Mit seinen Erfahrungen im Amt für Stadtentwicklung in München unter dem damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, in der Leitung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung sowie durch seine Arbeit als Abteilungsleiter im Städtebauministerium von Nordrhein-Westfalen hat Ganser Meilensteine für eine bürgernahe und die Grenzen des Wachstums beachtende Raumplanung und Stadtentwicklung gesetzt.

Besonders mit der Leitung der internationalen Bauausstellung Emscher Park von 1989 bis 1999, bei der Karl Ganser die ökologische und ökonomische Erneuerung einer landschaftlich geschundenen und wirtschaftlich geschwächten Region durchsetzte, hat sich Prof. Ganser herausragende

und bleibende Verdienste erworben. Nach dem Prinzip „Wandel ohne Wachstum“ setzte er dort eine Kreislaufwirtschaft im Flächen- und Energieverbrauch, im Gebäudebestand und in der Wasserwirtschaft in Gang. Ganser hat den Begriff „Wildnis in der Stadt“ maßgeblich geprägt. Dabei setzte er sich auch für den Erhalt von Industriedenkmalern ein und verhinderte den Abriss der Essener Zeche Zollverein und des Stahlwerks in Duisburg-Meiderich. (dj)

Unterstützung bei der Umweltbildungsarbeit - Workshop Angebot

Die BUNDjugend NRW bietet bis Dezember 2007 für Jugendliche von 11 bis 15 Jahren und Schulklassen (5. bis 7. Klasse) Workshops in den Bereichen Pressearbeit, Projektentwicklung und Aktionstraining an. Die Workshops sind kostenlos und werden bei den Gruppen vor Ort durchgeführt. Mehr Informationen gibt es bei der BUNDjugend NRW: Julia Jörgensen, Tel. 02921-33640, julia.joergensen@bundjugend-nrw.de



Neues Gemeinschaftsprojekt

Gefährlicher Elektromog im Kinderzimmer

BUND und Verbraucherzentrale NRW (VZ) sagen dem Elektromog in Kinderzimmern den Kampf an. Mit einem gemeinsamen Projekt wird über die in Kinderzimmern schlummernden Gefahren informiert und vor Ort gezielt Abhilfe geschaffen.

Fernseher, Computer, Spielekonsolen und Stereoanlagen gehören in vielen Kinder- und Jugendzimmern zur Standardausrüstung. Viele Dinge des alltäglichen Bedarfs wie Radiowecker, Leuchten, Elektroheizungen und verlegte Leitungen gesellen sich häufig unbemerkt hinzu. Doch den Eltern ist oftmals nicht bewusst, dass ihre Sprösslinge – umgeben von so viel Elektrik und Elektronik – beim Spielen, Lernen und Schlafen ständig unter Strom stehen. Nicht nur hochfrequente Mobilfunkanlagen, sondern auch Geräte des alltäglichen Gebrauchs erzeugen schwache elektrische und magnetische Felder und senden permanent ihre Strahlen aus.

BUND-Experte Bernd Rainer Müller: „Die Risiken sind nicht zu unterschätzen. Elektromagnetische Felder können die Ursache für Schlafstörungen, Kopfschmerzen oder Nervosität sein. Ernsthafte Erkrankungen, sogar Leukämie, werden auf dauerhafte Belastungen zurückgeführt.“

Mit dem gemeinsamen Projekt wollen BUND und VZ auf das Problem aufmerksam machen und konkrete Hilfestellungen anbieten. Die Verbraucherzentrale bietet in allen Umweltberatungsstellen (außer in Düsseldorf und Minden) nach vorheriger Terminanmeldung eine kostenlose und umfassende Beratung zur Vermeidung von elektrischen und magnetischen Feldern im Kinderzimmer an. Betroffene erleichtern die Beratung, wenn sie eine möglichst vollständig ausgefüllte Prüfliste zum Beratungsgespräch mitbringen. Diese und weitere Materialien finden sich im umfangreichen Internet-Angebot. In bestimmten Fällen ist es auf Wunsch auch möglich, dass Experten kostenlos Messungen vor Ort durchführen. (dj)

Mehr Informationen:

- *Uns geht's gut - Umwelt- und Gesundheitsschutz im Kinderzimmer, Broschüre, <http://www.vz-nrw.de/mediabig/41762A.pdf>*



- *Prüfliste: Rund um elektrische und magnetische Felder <http://www.vz-nrw.de/mediabig/41052A.pdf>*

Kontakt: BUND-Experte Bernd Rainer Müller, bernd.rainer.mueller@t-online.de



Giftmüll: Austausch Down-Under: Nach der (vorläufigen?) Verhinderung des Imports hexachlorbenzolhaltigen Giftmülls nach Nordrhein-Westfalen ist weiterhin Wachsamkeit gefordert, denn die australische Firma Orica hat Widerspruch gegen die Versagung der Importgenehmigung eingelegt. Klaus Brunsmeier, Mitglied im Landesvorstand des BUND, nutzte daher die Gelegenheit, um während eines Australienaufenthaltes die weitere Strategie mit der Koordinatorin unserer australischen Partnerorganisation National Toxics Network (NTN), Dr. Mariann Lloyd-Smith, abzustimmen. BUND und NTN vereinbarten eine enge Zusammenarbeit.



Foto: G. Brunsmeier

Widerstand gegen Baumfällungen Pflegen statt sägen!

Seit einiger Zeit spielen sich in vielen nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden entlang von Straßen, Plätzen und in Parkanlagen häufig dramatische Szenen ab: Mit Kettensägen bewaffnet fällen städtische Arbeiter oder Auftragsfirmen reihenweise gesunde Bäume. Entsetzte BürgerInnen rufen bei den städtischen Verwaltungen, bei Zeitungen, Politikern und dem BUND an und verlangen den sofortigen Stopp dieser Fällaktionen. Wie eine Epidemie scheinen sich diese Kahlschläge in den Kommunen auszubreiten. Ob in Düsseldorf, Köln, Wuppertal, Duisburg oder in vielen kleineren NRW-Städten und Gemeinden, vielerorts haben sich Politik und Verwaltung entschlossen, die bisherige Pflege und den Erhalt der Stadtbäume aus Kostengründen und einfach nur aus Desinteresse zu beenden, unter dem Motto: Sägen statt pflegen!

Immer mehr Bürger, darunter auch viele BUND-Mitglieder, wollen aber diese behördlichen Fällaktionen aus emotionalen, ästhetischen und ökologischen Gründen nicht mehr länger hinnehmen. Überall im Land gründen sich inzwischen BaumschützerInnen-Gruppen, die für den Erhalt von Einzelbäumen oder ganzen Allees protestieren – und in vielen Fällen sogar schon Erfolge aufweisen können (siehe Köln und Düsseldorf).

Der BUND bündelt die Aktivitäten und lädt für den 8. Dezember 2007, 11- 17 Uhr, in das Düsseldorfer Umweltzentrum, Merowingerstr. 88 ein, um im Rahmen eines Seminars der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW neue Wege zum Schutz und Erhalt der Stadtbäume aufzuzeigen. Kompetente Fachleute stehen als ReferentInnen zur Verfügung.

Horst Meister

Mehr Infos:
Horst Meister,
Mitglied im
Landesvorstand
des BUND NRW:
horst.meister@bund.net
oder Tel. (privat)
02162-33737.

Verbindliche
Anmeldungen bis
zum 30.11.2007 an
bund.nrw@bund.net
oder per Telefon
0211 / 30 200 5-0

ZDF und DBU vergaben Auszeichnung „Mensch und Natur“ und 5.000 Euro Preisgeld **BUND-Naturerlebnisgarten mit muna-Trophäe belohnt**

Ende September verliehen die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und ZDF.umwelt zum sechsten Mal den Preis „Mensch und Natur“ für ehrenamtliches Naturschutzengagement. 113 Vorschläge begutachtete die Jury. Zu den fünf Preisträgern dieses Jahres gehört auch der BUND-Naturerlebnisgarten Hertent. Sigrun Zobel und ihr Team erhalten für ihr großes ehrenamtliches Engagement den mit EUR 5.000,- dotierten „Kinder- und Jugendpreis“.

In der einst größten Bergbaustadt Europas gestaltete die langjährige BUND-Aktivistin Sigrun Zobel gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern dreier Hertener Hauptschulen einen 18.000 Quadratmeter großen ehemaligen Zechenparkplatz zu einem Naturerlebnisraum um. Jahr für Jahr besuchen rund 6.000 Kinder die Naturerlebnis-Oase. Gerade für Vorschulkinder mit psychischen Auffälligkeiten oder motorischen Schwierigkeiten eignet sich der Naturerlebnisgarten besonders gut, um ihre natürliche Umwelt kennen zu lernen und in der Natur ihre Fähigkeiten zu trainieren und zu fördern.

Der Garten dient auch älteren körper- und geistig behinderten Kindern als Therapieraum, um etwa beim Klettern die eigenen Sinne neu zu erfahren. Aktion Mensch unterstützt die pädagogische Betreuung. Auch treffen sich im Garten Kinder verschiedener Kulturen: neben deutschen Kindern kommen regelmäßig Kinder aus Ghana, dem Iran oder der Türkei.

Das Preisgeld von 5.000 Euro ist ein willkommener Beitrag, den Naturerlebnisgarten finanziell abzusichern und das Angebot auszubauen. (jb/dj)



Sigrun Zobel (z.v.l.) und ihr Team freuen sich über die Auszeichnung.
Foto: Archiv Zobel

Der BUND in der Offenen Ganztagschule **Umweltbildungs-Kampagne**

Wenn sich alle Beteiligten gemeinsam für einen Einstieg in eine anspruchsvolle Umweltbildung des BUND an der Offenen Ganztagschule einsetzen, bietet das Projekt große Chancen.“ Mit diesem Aufruf überzeugte ein von Kreisgruppen, Vorstand und BUNDjugend gestellter Antrag die Mehrheit der Landesdelegiertenversammlung und legte somit einen neuen Kampagne im Verband fest: Die Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule (OGS).

Mit dem Ziel, mehr Kinder für den Umwelt- und Naturschutz zu begeistern und neue MitstreiterInnen zu gewinnen, wurde im Juli aus Mitteln des BUND eine halbe Stelle geschaffen, die zunächst auf drei Jahre befristet ist. Aufgabe der landesweiten Koordinationsstelle ist es insbesondere, UmweltpädagogInnen, die im Namen des BUND Bildungsangebote an der OGS durchführen möchten, zu qualifizieren und zu unterstützen. Für das Jahr 2008 wird derzeit eine umfangreiche Fortbildungsreihe organisiert, bei der interessierte UmweltpädagogInnen

und solche, die es werden wollen, theoretisch und praktisch für die Arbeit in der OGS fit gemacht werden. Neben der Frage, wie die Offene Ganztagschule organisiert ist und was beim Abschluss einer Kooperationsvereinbarung berücksichtigt werden muss, spielt der Umgang mit schwierigen Kindern und die Sicherheit der SchülerInnen eine zentrale Rolle. Zudem werden die BUND-UmweltpädagogInnen mit Materialien, Checklisten, Beratung und durch regionale Vernetzungsmöglichkeiten unterstützt.

Mit den „Umwelt-Agenten - im Auftrag der Natur“, einer eigens für die OGS entwickelten Marke, steht der BUND somit für ein hochwertiges Umweltbildungsangebot, das von engagierten und geschulten Fachkräften durchgeführt wird.

Wer selbst als UmweltpädagogIn für den BUND aktiv werden, den Newsletter zum Projekt erhalten möchte oder generell Interesse hat, bekommt weitere Informationen bei Bettina Labesius von der BUNDjugend NRW, Tel. 02921/33640, E-Mail: Bettina.Labesius@bundjugend-nrw.de, www.bundjugend-nrw.de.

